

Corona – Rückblick und Ausblick

In Deutschland hat sich bezüglich der Aufklärung über das politisch zu verantwortende Corona-Desaster bisher nur wenig aufgehellt. Dies zeigt sich auch in der lange bestehenden Maskenpflicht im medizinischen Bereich. Man kann nur vermuten, dass die Verantwortlichen damit das Narrativ der großen Ansteckungsgefahr aufrecht erhalten wollten, um ihr bisheriges Fehlverhalten zu kaschieren. Dieses Paniknarrativ zu Corona wurde ursprünglich in UK kreierte. Am Imperial College in London erschuf der Mathematiker Neil Ferguson ein Horrorszenario zur Pandemie mit unglaublichen Zahlen an Todesfolgen, nachdem sein Institut viele Millionen Dollar von der impffreudigen Bill and Melinda Gates-Foundation erhalten hatte. Wie ausgewogen ist die wissenschaftliche Forschung von Menschen oder Instituten, die so stark mit der profitorientierten Industrie zusammenarbeiten und hohe Geldzahlungen von Impfpropagandisten erhalten?

Auch bei uns wurde ein Wissenschaftler in den Medien hochgespielt und zum Hauptregierungsberater ernannt, der durch extreme Fehleinschätzungen von

Virenverläufen bekannt geworden war: Christian Drosten. Im Mai 2010 machte er sehr düstere Prognosen zur Schweinegrippe, um den neuen Impfstoff zu pushen – Millionen Dosen mussten danach jedoch vernichtet werden, weil sie nicht gebraucht wurden. Ein solcher Virus-Fehlprognostiker durfte seit 2020 in Deutschland maßgeblich Medien und Politikmaßnahmen beeinflussen, während seriöse Wissenschaftler mit sehr viel realistischeren Einschätzungen verunglimpft wurden und werden. Eine andere interessante Frage ist, weshalb Christian Drosten Universitäts-Professor wurde, ohne habilitiert zu sein. (Prof. Christian Kreiß / DWN vom 12.09.2022)

Drosten hat durch seinen PCR-Test sowohl der Ärzteschaft als auch der gesamten Bevölkerung vorgegaukelt, dass man mit diesem ein sicheres Instrument der Diagnostik für die Infektion und damit einen Überblick über das Infektionsgeschehen insgesamt hätte. Es wurde jedoch noch niemals nachgewiesen, dass symptomfreie Personen eine Ansteckung anderer verursachen können. Deswegen ist auch das Testen gesunder Personen völlig unsinnig,

außer es wird zum Anheizen der Panik benutzt. Anders gesagt: Es werden symptomlose Gesunde krank gemacht. Kary Mullis, der Erfinder der PCR-Technik, stellte jedenfalls fest, dass der PCR-Test nicht zur Diagnostik geeignet ist. Mike Yeadon, der ehemalige Vize-Präsident und Wissenschaftsvorstand von Pfizer, hat ausgesagt, dass der PCR-Test im Zusammenhang mit Covid-19 aufs Größte missbraucht wurde, und bis zu 95% der angeblich positiven Testergebnisse falsch sind. Somit sind auch alle davon hergeleiteten Aussagen zum Infektionsgeschehen in der Bevölkerung unhaltbar. Dies wiederum bedeutet, dass auch alle daraus abgeleiteten Maßnahmen jeglicher Grundlage entbehren, was auch für die Unzahl von Strafen für Ordnungswidrigkeiten gilt, die damals verhängt worden sind.

Die Kombination von Panikmache und falschen Konzepten zur Beurteilung des Infektionsgeschehens bewirkte also eine Massenpsychose. Matthias Desmet, Professor für klinische Psychologie der Universität Gent, hat erklärt wie dies funktioniert: Zuerst wird eine diffuse Angst erzeugt. Dann behauptet die Re-

gierung, dass durch ihre Maßnahmen die drohenden Gefahren beseitigt werden könnten, was die Ängste reduziert. Der psychologische Effekt der Angstreduktion bewirkt, dass der Mensch bereit ist, die wichtigsten Güter seines Lebens zu opfern: Seine Freiheit, seine grundgesetzlichen Rechte, Wohlstand, Selbstständigkeit, selbst das Wohl seiner Kinder. Mehr noch, im Zustand der Massenhypnose verlieren die Menschen ihre Empathie. Sie wenden sich aggressiv gegen Dissidenten oder Sündenböcke, die nicht allen Regeln folgen. Da kann selbst eine verrutschte Maske ein Auslöser sein.

So wurde unsere Gesellschaft gespalten in die Gruppe der folgsamen Maskenträger und Impfwilligen und in den geächteten Rest der Schwurbler, Aluhutträger und Verschwörungstheoretiker.

Ein Nutzen bzw. Schutz vor Infektion konnte bisher für die Atemmasken nicht nachgewiesen werden, unter anderem weil die Poren im Gewebe der Masken größer sind als Viren.

Die Schäden die durch die Maskenpflicht geschaffen wurden, sind derzeit noch gar nicht absehbar. Neben dem unmittelbar durch die Atembehinderung entstehenden Sauerstoffmangel und der durch die CO₂-Rückatmung bedingten Hyperkapnie (CO₂-Überschuss im Blut) kommt es zu teils schweren Stoffwechselstörungen, die jedoch häufig als „Long-COVID“ fehlinterpretiert werden, weil daneben ein positiver PCR-Test vorliegt. Die schon lange für das Tragen von FFP2-Masken geltende arbeitsrechtlich verbindliche Vorschrift, dass diese Masken nur 75 Min. getragen werden dürfen, wurde von den zuständigen Politikern einfach ignoriert; durch vorliegende Krankheiten begründete Atteste zur Befreiung vom Maskentragen wurden nicht anerkannt und Ärzte, die solche Atteste ausgestellt

hatten, wurden verfolgt und verurteilt. All das passierte in einem Umfeld, das man als in „Auflösung befindlicher Rechtsstaat“ bezeichnen kann. Dass ein Sauerstoffmangel, der einen ganzen Arbeitstag anhält und sich im Arbeitsprozess über Wochen hinziehen kann, letztendlich zu Hirnschäden führt, die dann leider als „Long-COVID“ fehlinterpretiert werden, braucht einen nicht zu wundern. Natürlich werden parallel dazu auch die Impfschäden als „Long-COVID“ fehlinterpretiert.

Die negativen psycho-sozialen Folgen des Maskentragens seien auch noch erwähnt: Retardierung der sprachlichen und geistigen Entwicklung von Kindern, Isolation und Depression. Des weiteren muss man auch die soziologischen Effekte der vielen Fehler, die im Rahmen der Pandemie gemacht worden sind, erkennen: Die Maske hat auch einen symbolischen Charakter und kann bedeuten, dass man sich ganz den verordneten Vorschriften angepasst und der staatlichen Macht ergeben hat.

Die Ausgrenzungsmaßnahmen gegen Andersdenkende waren teils so gravierend, dass Ungeimpfte keinen Zutritt zu Lokalen und Veranstaltungen hatten. Besonders schmerzlich war es für Betroffene, die Ihre Angehörigen im Krankenhaus besuchen wollten. Selbst der Abschied von sterbenden Angehörigen wurde ihnen zum Teil verwehrt.

Natürlich hatte der verordnete Lockdown auch kaum abschätzbare Schäden für die Wirtschaft weltweit, nicht nur weil Arbeiter und Angestellte durch Quarantäne vorübergehend ausgesperrt waren, sondern weil Lieferketten und damit die Produktionsprozesse blockiert worden sind. Dies wiederum veranlasste die Regierungen zu Hilfsmaßnahmen, die wiederum erhebliche Löcher in den Staatshaushalt rissen. Dies alles bedingte eine Wandlung weg von der sozialen

Marktwirtschaft hin zu einem sozialistischen Regierungssystem.

Prof. Dr. Kampa von der Universität Almeria hat als Erster Graphen in Geimpften nachgewiesen. Im Film *BlueTruth* zeigen Dr. M. A. Alonso, Dr. P. C. Zavala und Dr. A. L. Kalcker, dass sowohl Geimpfte als auch Getestete elektromagnetische Frequenzen aussenden, welche als sog. MAC-Adressen (Media Access Control) identifiziert werden können. Dies wird verursacht durch Graphen, das sowohl undeckelt in den „mRNA-Impfstoffen“ als auch in den PCR-Teststäbchen nachgewiesen werden konnte. Bei 37° Körpertemperatur wird dieses zu Graphenoxid umgewandelt und aktiviert. Es wird vermutet, dass es nun zur Neurostimulation, Neuromodulation und zur Überwachung benutzt werden kann. So konnten selbst an Gräbern von verstorbenen Geimpften diese MAC-Adressen registriert werden. Besonders hervorzuheben ist aber vor allem die mRNA, die mithilfe hoch giftiger sog. Anionischer Lipide in die Körperzelle transportiert wird. Sie birgt erhebliche Gefahren für unser gesamtes Immunsystem (Schwächung der Abwehrkraft und Induzierung von Tumoren), wie Prof. Stefan Hockertz in einem Video erläutert (<https://transition-tv.ch/sendung/ttv-horizonte-prof-dr-stefan-hockertz-psycho-neuroimmunologie-die-wahren-hintergruende-der-gentherapie/>). Weitere Faktoren für die vielen Krankheiten und Todesfälle, die inzwischen als Post-Vac-Syndrom bezeichnet werden, sind die vielen sowohl durch das Spikeprotein als auch durch Graphenoxid ausgelösten Thrombosen und Gefäßschäden. Bereits in Jahre 2020 war bekannt, dass das Spikeprotein die menschlichen Stammzellen und damit die Blutbildung schädigt (Prof. Ulrike Kämmerer).

Unbemerkt von der Öffentlichkeit ist außerdem ein neues Gesetz in Kraft getreten:



qr-code
scannen



Was bedroht unsere Zukunft?

„Der neue Faschismus“ – Wie können wir uns aus der digitalen Apokalypse befreien?
In folgendem Link finden Sie wichtige Informationen: <https://t.me/NeuzeitNachrichten>

Ab sofort dürfen in Deutschland Impfstoffe verwendet werden, die Mikroorganismen enthalten, welche von Geimpften ausgeschieden und von anderen Personen aufgenommen werden können.

Wenn wir also sehen, dass das „Impfprogramm“ auf diesen speziell modifizierten Gen-basierten Wirkstoffen und den anderen fragwürdigen Zusätzen beruht, muss man sich fragen, welche Ziele dahinter stecken.

Die Aufklärung darüber geben Bill Gates und Jakob Rockefeller sowie die Inschrift auf den Georgia Guidestones: Halte die Menschheit unter 500.000.000 in fortwährendem Gleichgewicht mit der Natur. Das Ziel der Bevölkerungsreduktion wird schon lange von den Machteliten verfolgt. Das COVID-19- Impfprogramm ist in deren Augen eine relativ schmerzlose Durchführung dieses Genozids, weil er ohne Krieg und Zerstörung abläuft. Um ein solch satanisches Projekt

durchzusetzen, braucht es natürlich ein Heer von Helfershelfern: Skrupellose Pharmahersteller, rücksichtslos agierende Medienmacher, menschenverachtende oder blind der Werbung vertrauende Impfpfärzte, rücksichtslose Polizisten und Ordnungshüter. Die Beispiele fragwürdiger, manchmal sogar sadistischer Entgleisungen ist lang und reicht von der Vertreibung sich ausrunder Senioren von einer Parkbank bis zum Maskenzwang während der Entbindung, wo bekanntlich der Sauerstoffbedarf besonders groß ist.

Wer diese Pläne zur Menschheitsreduzierung durchschaut bzw. dazu Fragen stellt, gilt natürlich als Verschwörungstheoretiker, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Natürlich laufen daneben noch andere Programme mit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung: Gifte in Lebensmitteln, Wasserfluorierung und Chemtrails (Verspühnung verschiedener Wasserdampf-Kondensationsaktivatoren wie Aluminium, Barium etc.) . Neuerdings auch noch der Ap-

pell von Klimaaktivisten, die ganz offen den Verzicht auf Kinder bzw. die straffreie Abtreibung bis zur Entbindung fordern. Dies fordern parallel auch die Genderideologen, die die Frühsexualisierung von Kindern voran treiben, die Rolle der Eltern schwächen und damit die Familie zerstören wollen. Damit gehen sie im Gleichschritt mit Eugenikern, die durch Impfstoffe (Fertility-Regulation Vaccines) einen Geburtenrückgang erreichen wollen.

Außer im deutschsprachigen Raum ist die Aufklärung über den gesamten Corona-Schwindel schon deutlich sichtbar und eine juristische Aufarbeitung ist gestartet. Letztere ist auch ganz wesentlich und notwendig. Auch wenn bereits einige der verantwortlichen Politiker (Spahn, Kretschmer) um Nachsicht bzw. Vergebung bitten, so darf dieser Aufklärungsprozess unter keinen Umständen ausgebremst bzw. abgewürgt werden, denn wir müssen unsere Freiheit verteidigen und verhindern, dass jemals wieder so etwas geschehen kann.

Wir vergessen nicht!
Corona-Unrecht aufarbeiten!

»Für Leute wie Sie muss
eine Impfpflicht her.
Wenn nötig, bis zur Beugehaft.«

Boris Palmer, OB von Tübingen, Bündnis90/Die Grünen
(22.12.21 - welt.de)

Dr. Simon Kuchlbauer

AfD
www.simon-kuchlbauer.de



Bereits 2021 wurde die WHO von 195 Ländern beauftragt einen neuen und effizienteren Pandemievertrag zu entwerfen. Auch die EU plant seit März 2022 die Gesundheitsvorschriften von den Nationalstaaten wegzunehmen und zu zentralisieren. Im neuen Entwurf der WHO wird der Artikel 3 der bisherigen Regelung geändert. Folgendes ist vorgesehen: Die uneingeschränkte Achtung der Würde des Menschen, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten von Personen wird gestrichen. Dies bedeutet für uns nichts anderes als Entzug aller unserer Freiheitsrechte und Staatsterror. Die Globalisten schaffen also unsere Demokratie ab!

Natürlich müssen wir uns dagegen wehren. Es ist daher notwendig, die WHO radikal zu reformieren oder gleich ganz abzuschaffen. Die Rolle der WHO erscheint sehr zwiespältig, denn zum einen fordert sie sehr hehre Ziele für den Menschen, aber auf der anderen Seite betreibt sie genau die Ziele der Eugeniker. Damit entpuppt sie sich als Trojanisches Pferd, das nach außen Be-

geisterung auslöst, in Wirklichkeit aber maximalen Schaden anrichtet.

Grundsätzlich darf es einen Impfwang niemals geben, da jeder Geimpfte bei der unterstellten und behaupteten Wirksamkeit sowieso geschützt ist und also auch nicht von Ungeimpften angesteckt werden kann. Einen Impfunwilligen kann ich aber nicht zwingen einen immer möglichen Impfschaden auf sich zu nehmen. Das Hippokratische Prinzip (Niemandem schaden) muss immer gelten. Somit ist auch die Masernimpfpflicht für Kinder zu revidieren. Die Tatsache, dass sich in allen COVID-Impfstoffen undeckelte, schädliche Substanzen befinden, macht es erforderlich, dass auch alle übrigen Impfstoffe und deren Adjuvantien (Hilfsstoffe) überprüft und die Wirksamkeit hinterfragt werden muss. Dass das Pandemieszenario mittels des digitalen Impfnachweises gleichzeitig zur Erprobung digitaler Kontrollsysteme und in deren Folge auch zu Reglementierung und Freiheitsbeschränkung benutzt wurde, war ebenfalls ein Ziel der Globalisierungselite.

Wir konnten Chinesische Verhältnisse nachempfinden. Diese Bedrohung wird genauso mit der elektronischen Gesundheitskarte geschaffen, bei der uns immer noch Datenschutz und -sicherheit vorgegaukelt wird, aber natürlich der gleiche Mißbrauch möglich ist.

Deshalb muss das gesamte Coronageschehen aufgearbeitet werden: Auch bei uns müssen die bereits in den USA auf Gerichtsbeschluss veröffentlichten Pfizer-Studiendaten veröffentlicht, und es muss endlich eine offene Diskussion über das Coronadesaster geführt werden. Vermutlich müssen aber noch viele der Geimpften sterben, bis das ganze Drama auch von der Mehrheit unserer Gesellschaft begriffen und der teuflische Plan dahinter erkannt wird. Dass dann die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist selbstverständlich. Eine Coronaamnestie darf es nicht geben, weil Grund- und Menschenrechte verletzt wurden.

Dr. med. Klaus Kuchlbauer

Die AfD fordert deshalb:

- Nie wieder Panikmache durch Politik und Medien!
- Keine Macht der WHO!
- Nie wieder Lockdown!
- Nie wieder Masken- und Abstandspflicht!
- Nie wieder Testpflicht für Gesunde!
- Keine Nutzung digitaler Gesundheitsdaten im Gesellschaftsleben!
- Niemals Impfpflicht!



Rede von Björn Höcke

in Dresden am 24. Februar 2023

Der erste israelische Botschafter in Bonn, Asher ben Nathan, antwortete einmal auf die Frage, wer den 6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben hätte: „Das ist völlig belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.“

So hat jede Geschichte ihre Vorgeschichte: Der Erste Weltkrieg hatte viele Väter, der Zweite Weltkrieg hatte viele Väter und auch der vom Westen verteilte Wladimir Putin ist nicht der einzige Vater des Ukrainekrieges.

Auch der Westen nahm einen langen Anlauf in diesen Krieg: 1994 schaltet die US-amerikanische vom Kooperations- zum Konfrontationsmodus gegenüber Rußland um. Die NATO bot allen mittel- und osteuropäischen Staaten „Partnerschaften für den Frieden“ an, um sich ins atlantische Bündnis hineinzuarbeiten.

2004 waren alle ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in der NATO. 2008 beschloß der NATO-Gipfel in Bukarest Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen.

Zum ersten Mal erklärt Putin den NATO-Beitritt der Ukraine zur „roten Linie“. 2014 erfolgt die Vertreibung des gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch im Rahmen des Maidan-Aufstandes mit massiver Unterstützung der USA.

Damals begann der stille Bürgerkrieg gegen die russischstämmige Bevölkerung in ukrainischen Ostprovinzen. Man rechnet mit 14.000 Toten im Donbass bis Kriegsbeginn.

Und dann vervielfachte die Ukraine ihren Artilleriebeschuss des Donbass in der Woche vor dem russischen Angriff. Jeder Militär wertet das als Vorbereitung eines kurz bevorstehenden Angriffs.

Liebe Freunde, es ist nicht meine Aufgabe als deutscher Oppositionspolitiker zu rechtfertigen, gutzuheißen oder abzulehnen, was der Kreml entschied.

Aber es ist meine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Deutschen nicht nur die einseitige Erzählung der Kriegstreiber hören, die diese unwidersprochen in der Konzernpresse und den zwangsbeitragsfinanzierten, staatlichen Medien zum Besten geben dürfen.

Allein die Gleichschaltung der Medien zeigt, daß unsere Demokratie keine Demokratie mehr ist! Und mehr noch ist es meine Aufgabe, diejenigen überhaupt erst Kriegstreiber zu nennen, die so tun, als seien sie eines Morgens aufgewacht – und plötzlich war Krieg! Baerbock, Strack-Zimmermann und wie diese globalistischen Handpuppen auch heißen: Das sind Kriegstreiber!

Liebe Freunde, ich habe für unsere Dresdner Friedensdemonstration fünf knappe Kernsätze vorbereitet, die ich jeweils kurz erläutere. Sie sollen uns helfen zu verstehen, was passiert, und uns helfen, das Richtige zu tun, damit der Krieg endet und nicht sogar noch zum Weltkrieg eskaliert wird.

1. Deutschland hat kein Interesse an diesem Krieg!

Es gab eine stabile und wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland.

Die Nordstreampipelines bedeuteten mehr Annäherung, mehr Vertrauen und die Möglichkeit leicht instrumentalisierbare Zwischenstaaten wie Polen und die Ukraine zu umgehen.

• Der Ukraine-Krieg hat das meiste zerstört: deutsche Wirtschaftsbeziehungen, Zugang zum eurasischen Hinterland, die Mittelposition Deutschlands, die vorsichtige Lösung von zu viel Westen.

• Die USA können uns jetzt ihr teures Fracking-Gas liefern, Unternehmen aus dem Hochenergiepreisland Deutschland weglocken, europäische Staaten mit amerikanischer Rüstungstechnik ausstatten, den Konkurrenz-Hegemon Rußland schwächen.

Nochmal: Deutschland hatte und hat keinerlei Interessen an diesem Krieg. Es ist nicht unser Krieg. Es ist ein amerikanischer Stellvertreterkrieg!

2. Die Sprengung der Nordstream-Pipelines war ein kriegerischer Akt!

• Nordstream war ein kluger deutscher Schachzug: Er hätte Deutschland mehr Verhandlungsspielraum in alle Richtungen beschert;

• die Enthüllungen des US-amerikanischen Journalisten Seymour Hersh untermauern den Verdacht daß die USA ihre Drohung wahrgemacht haben, das Projekt zu zerstören, nachdem der Bau nicht verhindert werden konnte.

• Hersh berichtet von 8 Bomben, die im Rahmen eines NATO-Manövers an den Röhren im Juni 2022 befestigt wurden. Norwegen war beteiligt, man hoffte auf eine Steigerung der Gasexporte nach Westeuropa/Deutschland. Die wenige Kilometer weiter westlich verlaufende Norwegen-Polen-Pipeline wurde nicht angerührt.

Wenn Hersh recht hat, zeigen die Sprengungen folgende:

1. Die Interessenpolitik der USA kennen keine Tabus.
2. Das Gerede von „unseren westlichen Freunden“ ist hohles Geschwätz.
3. Falls Olaf Scholz von Biden vorher informiert worden, dann wäre der Bundeskanzler nicht nur ein Lügner – er wäre ein Hochverräter!

Wertung: Die Sprengung bedeutet eine schlimme Abhängigkeit von wenigen Energieexporteuren und bedeutet in

Folge Deindustrialisierung und einen historischen Wohlstandverlust für uns alle.

Nochmal: Die Sprengung ist ein kriegerischer Akt in einem Wirtschaftskrieg der vor allem gegen Deutschland geführt wird!

3. Deutschland ist nicht souverän!

- Technokratische Experten gewährleisten das politische Tagesgeschäft; Politik kommt dagegen ins Spiel, wenn der Ernstfall eintritt: Interessenkonflikte, Kampf um Ressourcen, weltanschauliche Weichenstellung. In solchen Situationen zeigt sich: Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet!

Der Krieg in der Ukraine ist der Ernstfall für die deutsche Politik, für die Frage nach der deutschen Souveränität und für die Wahrung deutscher Interessen: Ich klopfe das hier rasch ab, ohne auf die Fortgeltung des sogenannten „versteineren Besatzungsrechtes“ einzugehen:

1. Deutschland ist nicht mächtig genug, um sich einer Einbindung in den NATO-Krieg gegen Rußland zu entziehen.
2. Deutschlands Abschreckungspotential ist nicht groß genug, um andere Nationen von der Zerstörung deutscher Infrastruktur abzuhalten.
3. Deutschland ist noch nicht einmal in der Lage die Zerstörung der Ostsee-Pipelines selbst zu untersuchen bzw. die Aufklärung der Sabotage zu erzwingen, und unsere Staatsmedien sind noch nicht einmal in der Lage, eine zwar hilflose, aber offensive Berichterstattung über die politische Ohnmacht einer der stärksten Wirtschaftsnationen abzuliefern.

Selbst dies wäre ein Ansatz der Souveränität – wenn auch ein recht peinlicher!

Deutschland 2023 – das hat nichts von einem souveränen Land. Im Gegenteil: Wir müssen feststellen, daß die verantwortlichen Politiker und die Medien eine deutsche Unterwürfigkeit der schlimmsten Sorte praktizieren!

4. In den entscheidenden Fragen sind Alternativen unerwünscht!

Der bekannte Alfred de Zayas, hochrangiger Mitarbeiter der Vereinten Nationen erzählte davon wie er jahrzehntelang der Indoktrination seines Heimatlandes USA aufgesessen sei: Jahrzehntlang sei sein Weltbild dadurch geprägt gewesen, daß man mal das eine, mal das andere Land zum Feind, ja, zum absolut Bösen erklärt habe: Rußland war immer mit dabei.

Wir haben es in Deutschland nicht nur mit einer Amerikanisierung unseres Lebensstils zu tun, sondern auch mit einer Amerikanisierung unserer Wahrnehmung. Auch Deutschland nimmt längst durch die amerikanische Brille wahr.

Überfall statt Angriff; Regime statt Regierung; freie Welt gegen Lügner und Demagogen; das Gute gegen das Böse.

Aus kritischem Journalismus ist das geworden, was man zu den wesentlichen Kennzeichen unfreier Systeme zählt: Propaganda!

Die Vorgeschichte zum Ukraine-Krieg ist nur in den alternativen Medien zu finden. Aus diesem Grund werden sie unter Druck gesetzt und zensiert. Und aus diesem Grund muß es eine der vornehmsten Aufgaben der einzig relevanten Oppositionspartei sein, diese freie Medien zu schützen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle freien Medienschaffenden: Ihr seid eine Bastion der Freiheit in einem Land der Unfreiheit!

5. Die Alternative für Deutschland heißt Friedenspolitik!

Noch fallen an der neuen Ostfront noch nicht unsere jungen Männer. Aber über 200.000 junge Ukrainer und Russen sind schon gefallen, ohne ihr Leben gelebt zu haben.

Welchem Vater, welcher Mutter das Herz hier nicht blutet, der hat kein Herz!

Aber was können wir Deutschen machen in unserer entsetzlichen Schwä-

che? Wir können nur ganz kleine Brötchen backen: fünf Punkte

1. Deutschland darf sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen!
2. Deutschland muß sich humanitär maximal engagieren, um auf beiden Seiten menschliches Leid zu lindern!
3. Deutschland muß eine Führungsrolle in der Versorgung von Flüchtlingen übernehmen, und zwar im Fluchtland, grenznah und keineswegs so, wie es jetzt läuft!
4. Deutschland muß sich als Verhandlungsplatz für Friedensgespräche anbieten. Ja, wir brauchen einen neuen Berliner Kongreß!
5. Deutschland muß die ganze Geschichte erzählen, Fragen stellen, eine zweite und dritte Perspektive einnehmen.

Wir müssen die Kriegshetze des Westens und seiner Konzernmedien attackieren, attackieren, mit Klugheit, Mut und das täglich.

Wir müssen auf die Straße gehen, wieder und wieder!

Wir haben die allgemeine Impfpflicht auf der Straße verhindert und wir werden die Kriegspropaganda mit unserem Friedensappellen übertönen!

Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen



Amigos vertuschen Maskenkorruption

CSU-Politiker haben sich an den Geschäften der Staatsregierung mit überteuerten Corona-Masken schamlos bereichert. Daher hat die AfD als erste Partei im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der CSU-Maskenaffäre gefordert. In diesem hat die AfD maßgeblich zur Aufdeckung des CSU-Amigo-Filzes beigetragen.

die Aufklärung der schmutzigen Geschäfte zu verhindern. Immer wieder zeigten sie Gedächtnislücken. An Aufklärung und Transparenz hatten sie kein Interesse. Doch die Untersuchungen und Zeugenbefragungen belegten eindeutig, dass CSU-Politiker und der CSU nahestehende Persönlichkeiten Nutznießer der Amigo-Verbindungen waren.

fassenden Abschlussbericht zur Maskenaffäre vorgelegt. Darin wird dargelegt, in welche Widersprüche sich CSU und Freie Wähler verstrickt haben.

Die CSU, Markus Söder und die Mitglieder der Regierungskoalition haben versucht,

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat daher einen eigenen, 200-Seiten um-

Lesen Sie hier den Abschlussbericht der AfD-Fraktion im Untersuchungsausschuss „Maske“.



Mehr Informationen finden Sie unter: www.maskenskandal-bayern.de

Grundfunk statt Propaganda!

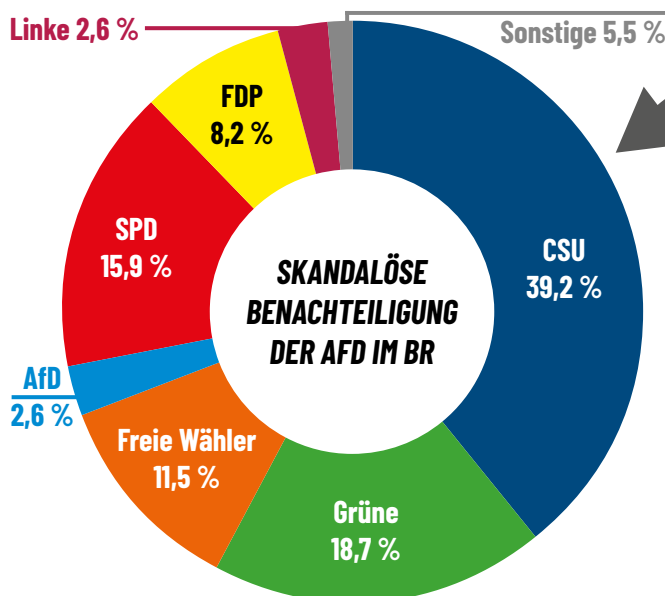
Staatsfunk reformieren, Zwangsgebühren abschaffen!

Die Bürger müssen Gebühren zahlen, obwohl sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht objektiv informiert werden. Die zu ausgewogener Berichterstattung verpflichteten Sender verbreiten aber z.B. in Sachen Ukraine oder Corona ganz überwiegend nur die Meinung der Regierung. Kritische Stimmen, etwa von Bürgerbewegungen oder der AfD, werden ignoriert oder sogar diffamiert.

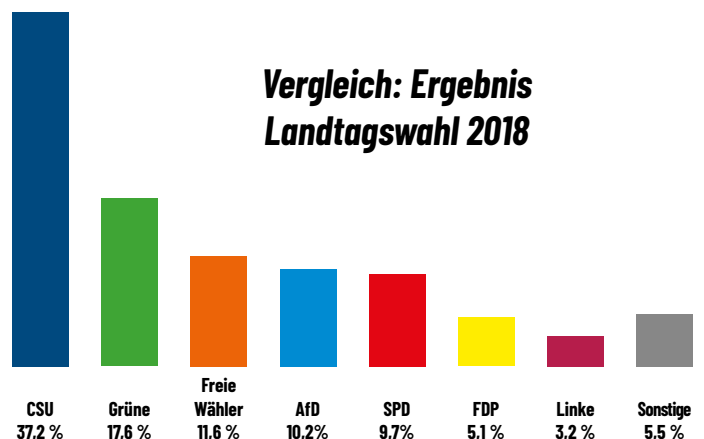
Als AfD verlangen wir eine grundlegende Reform des „Staatsfunks“. Auch die GEZ-Zwangsgebühren müssen abgeschafft werden.

Die Bürger sollen freiwillig entscheiden dürfen, für welches Informationsangebot sie Geld ausgeben wollen. Aufgabe des BR ist zu informieren, nicht aber die Bürger zu belehren oder gar umzuerziehen.

Lesen Sie hier die Resolution der AfD Bayern „Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda“



Talkshowgäste in der laufenden Legislaturperiode des 18. Bayerischen Landtags (Sendungen: Jetzt Red I, Münchner Runde, Der Sonntagsstammtisch - Zeitraum 01.11.2018 - 23.10.2022)



Vergleich: Ergebnis Landtagswahl 2018

ZUSAMMENHANG MIGRATION SINVASION UND WOHNUNGSNOT?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge definiert Migration wie folgt:

„Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht“ Im Rahmen dieses Dossiers verstehen wir „Migration“ im Sinne der internationalen Migration. Die Migration innerhalb eines Landes („Binnenmigration“) berücksichtigen wir hier nicht.

Dagegen: Flucht ist das Ausweichen vor einer lebensbedrohenden Zwangslage aufgrund von Gewalt. Das heißt, der Flüchtling verläßt seinen Heimatstaat nicht freiwillig, im Gegensatz zum Migranten. Der Migrant wechselt das Land freiwillig aus verschiedenen persönlichen Gründen.

Nach den statistischen Berechnung (ungefähr) D-Stats dürften nach der illegalen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte an die 30 Millionen Migranten in Deutschland leben. Nach dem ehemaligen Staatsbürgerrecht, das ohne Befragung des Staatsvolkes abgeschafft wurde, um neues willfähiges Neuwahlvolk zu kreieren, dürfte die Bio-Deutsche Bevölkerung so um die 55 Millionen alternde Deutsche betragen.

Tatsache ist, daß viele Millionen von Menschen, explosionsartig seit 2015, in dieses Land gesetzeswidrig eingedrungen sind. Fälschlicherweise als Flüchtlinge bezeichnet. Der nun erneu-

te millionenfache Zuzug an illegalen Migranten erzeugt im ganzen Land Unruhen bei der angestammten Bevölkerung und bei den in den Kommunen verantwortlichen Politikern – nur die Heimat- und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ignoriert das. Alle Versuche, die dramatische illegale Zuwanderungswirklichkeit zu übertünchen, sind dramatisch gescheitert. Bundeskanzler Scholz, der in seiner Jugend als Juso gern zu den Mauermördern in die Sowjetische Besatzungszone reiste, in der zehntausende politische Häftlinge eingekerkert waren und die Todesstrafe praktiziert wurde, teilte mit, daß : „schon wie im Vorjahr greift der Bund den Ländern und Gemeinden auch in diesem Jahr mit Milliarden Euro unter die Arme, um die Ankommenden gut zu versorgen!“

Gut zu versorgen? Da würden sich viele Rentner/Rentnerinnen freuen, wenn sie, die ein Leben lang für ihren Lebensabend eingezahlt haben, mehr als ein Almosen bekommen würden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, lautet seit vielen Jahren der erste Merksatz der politischen Linken. Es hat eine Weile gedauert, bis auch die Konservativen die demografischen Realitäten und die Erfordernisse einer alternden Bevölkerung akzeptiert haben! Das Problem: Weder die Linken noch die „Bürgerlichen“ handeln danach. Ein Einwanderungsland sucht sich sehr genau aus, wen es ins Land lässt und wen nicht, es steuert die Zuwanderung und

es sorgt durch geeignete Rahmenbedingungen dafür, dass genügend Wohnungen für alle da sind, damit es nicht zu Konflikten zwischen Einheimischen und Zuwanderern kommt. All das geschieht in Deutschland nicht: Wie schon die Merkelregierung lässt die Ampelkoalition die laut EU-Prognose stark anschwellende Migration mehr oder weniger still über sich ergehen und hat die Bemühungen, Straftäter und Integrationsunwillige abzuschieben, weitgehend eingestellt. Manche in der Regierung feiern sich dafür sogar noch für ihre „Humanität“.

Jetzt bekommt die Regierung die Quittung präsentiert: Laut einer Studie der „Deutschen Bank“ steuert Deutschland auf eine nie da gewesene Wohnungsnot zu. Statt der versprochenen 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr werden es in absehbarer Zeit nur gut die Hälfte sein. Zusätzlich wird die Zahl der hier lebenden Menschen bis 2030 laut der Studie auf voraussichtlich 86 Millionen ansteigen. Es wird eng in Deutschland. Und die Regierung hat erkennbar keinen Plan. Zugleich werden in unserem Land seit Jahren Bauauflagen immer weiter verschärft und vermeintlich soziale „Mietendeckel“ ersonnen. Das und die zunehmende preistreibende Bürokratie hemmt den Neubau. Für die steigenden Marktzinsen kann die Regierung nur teilweise etwas, aber sie verschärfen die Situation nun zusätzlich, weil für immer mehr Investoren Bauen unrentabel wird. So ist festzustellen, trotz politischer Versprechen,

dass die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland weiter sinken werden. Ein Offenbarungseid der Altparteien, die ihre eigenen politischen Wurzeln schon längst abgeschnitten haben.

Fazit: Durch die Inflation/Energiekostenexplosion, deren Bewältigung die neue Sozialistische Einheitspartei SE-RGG- (Rot/Grün/Gelb) nichts entgegenzusetzen hat, ist das Wohnen für viele Normalverdiener und Rentner kaum noch bezahlbar. So ergibt sich in der Realität, daß der Wohnungsbau, der im Laufe der Jahrzehnte immer mehr bürokratisch gegängelt wurde, nicht so voran geht, wie es nötig wäre. Als Todesstoß zeigt sich jetzt schon, daß die in einer utopischen Welt lebenden Grün/Roten mit ihren Energievorstellungen zusätzlich dem Wohnungsbau endgültig den Garaus machen. Weil schlicht nicht mehr finanzierbar. Derweil strömen weiterhin ungebremsst immer mehr Migranten ins Land. Es wird eng in Deutschland und die Regierung steht ohne Plan für dieses Szenario da. Ein sozialer Sprengstoff ohnegleichen!

– Angesichts der alarmierenden Krise fällt Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger nichts Besseres mehr ein, als zu einem „Bildungsgipfel“ einzuladen - dem die meisten Länder aus Protest fernbleiben, denn geredet wurde genug, nur gehandelt wird seit Jahren nicht. Die fatalen Folgen einer katastrophalen Bildungspolitik werden immer offensichtlicher: Jedes fünfte Kind kann nach der vierten Klasse nicht ausreichend lesen, rechnen und schreiben. Und eine wachsende Zahl von Jugendlichen verlässt die Schule ohne Abschluss - obwohl das Anforderungsniveau immer weiter abgesenkt wurde. Es fehlen Zehntausende Lehrer, und durch die enorme Zuwanderung von Großfamilien vor allem aus bildungsfernen, meist islamischen Gesellschaften sind die Schulen mit der Integration vollkommen überfordert. Die Folge Es wachsen Generationen ungebildeter, nicht in den Arbeitsmarkt integrierbarer zukünftiger Bürgergeldempfänger heran.

Der CSU-Landrat und niederbayerische Bezirksvorsitzende des Bayerischen

Landkreistages bezeichnete die Ergebnisse der Gipfel (gemeint sind die Arbeitskreise von der Heimatministerin) als „ernüchternd, enttäuschend und erschreckend“.

An der Basis gebe es keine Kapazitäten mehr für weitere Flüchtlinge, die Integration gelinge nicht mehr, es fehlten Plätze in Kitas und Schulen. Es sei höchst bedenklich, daß die Situation und das wahre Leben vor Ort in der „Berliner Blase“ nicht mehr wahrgenommen würden, so der Freyunger Landrat. Es gebe keine kurzfristigen Hilfen, keine Perspektiven oder belastbare Aussagen: „Stattdessen rühmt sich die Bundesinnenministerin mit praxisfernen Dash-boards. Die Gemeinden sind offensichtlich Fußabstreifer des Bundes. Da fehlen mir die Worte. Die Faszungslosigkeit ist in der Region zu spüren“.

Nachzulesen sind die Zahlen in verschiedenen statistischen Auflistungen. Die Seite „STATISTA“ ist eine größtenteils zahlungspflichtige Statistiklistung, aber anscheinend sehr korrekt.

Uwe von Faltin

WATZMANN *Bote*

IMPRESSUM:

Herausgeber:

AfD Kreisverband Berchtesgadener Land

Dr. Wolfgang Köbele

Schatzmeister des KV AfD Berchtesgadener Land

Hochkönigstr. 3 • 83451 Piding

E-Mail: info@afd-bgl.de

Internet: www.afd-bgl.de

Facebook: <https://www.facebook.com/AfDBgl>

Bildnachweis: Titel: ©Dr. Kuchlbauer; ©S3: Dr. Simon Kuchlbauer, ©Alinsa - stock.adobe.com; S4: ©Syda Productions - stock.adobe.com; S6: ©AfD Thüringen; S8: ©snaptitude - stock.adobe.com; S10: ©Jiri - stock.adobe.com

Satz & Gestaltung: Corina Zech

©AfD KV Berchtesgadener Land, Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte wird nicht gehaftet.

**ABGELEHNT
ASYLBEWERBER
SOFORT
RÜCKFÜHREN!**

**UNSER LAND
ZUERST!**

AfD

www.unser-land-zuerst.de

Die Tür zur 3. Deutschen Diktatur wird gerade geöffnet:

Denunzieren wird zum Volkssport

...das ist und bleibt der Denunziant: Das jedenfalls meinte angeblich August Hoffmann von Fallersleben im Jahre 1843. Das ist schon sehr lange her und war vor der (gescheiterten) deutschen Revolution von 1848. Dieser üble Beigeschmack, der dem Denunzianten anhaftete, hielt sich fast bis zum heutigen Tage. Die Ledermäntel der Gestapo und die Schnüffeleien der Stasi-IMs stehen dafür. Aber dann begann die Zeit, als Denunziation hoffähig und gesellschaftsfähig wurde. Die Denunzianten traten so ganz langsam aus der Schmutzlecke ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Am besten wird das durch den Satz von Harald Schmidt „Der hat ‚Neger‘ gesagt!“ beschrieben. Die politische Korrektheit schwappte von den USA zu uns und paarte sich mit dem Vokabular der Ex-DDR und deren „Systemloyalität“, und es entstand das tumbe geistige Klima, wie es zur Zeit vorherrscht.

Die Coronahysterie kam wie gerufen, um den Werkzeugkasten einmal zu testen. Wer beim Wort „Corona“ nicht sofort in die Duldungsstarre fiel, der wurde geschurigelt (mir gefällt das Wort einfach zu gut). Wer kennt noch die Urheber der folgenden Sätze:

„Das, was man jetzt machen muss, ist, dass man schrittweise schaut, dass man es so grundrechtsschonend wie möglich hinkriegt, aber dennoch genug Maßnahmen einführt. Und da muss man die sozusagen schrittweise hochskalieren.“

*Wer nicht hören will,
muss fühlen*

*„Wir erleben eine Tyrannei
der Ungeimpften.“*

*„Wahrscheinlich wird am Ende
dieses Winters jeder geimpft,
genesen oder gestorben sein.“*

Kein Wunder, dass mit der Angst als Rahmenbedingung die Denunziation

gesellschaftsfähig wurde. Es brach eine „Epidemie der Denunziation“ aus, wie es das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschrieb. Das Petzen geriet zur gesundheitspolitischen Maßnahme - nach dem Motto „Wer nicht hören will, muss fühlen“. Jeder kennt diesbezügliche Stories aus dem eigenen Bekanntenkreis. Die Ungeimpften als Paria der Gesellschaft zu stigmatisieren hat bestens geklappt. Nach diesem Strickmuster wird jetzt unsere Gesellschaft gnadenlos auf Vordermann gebracht.

Wer nicht mit der Meute heult, wird finanziell und/oder gesellschaftlich vernichtet. Ich schreibe bewusst vernichtet. Es wird kein Themenfeld ausgelassen. Kritik an dem gesellschaftlichen Mainstream (wer bestimmt den eigentlich?) wird mit der politischen Todesstrafe belegt. Hans-Georg Maaßen, Ulrike Guérot und Sucharit Bhakdi seien stellvertretend für die vielen Nichtprominenten genannt.

Vom Denunzianten zum Politkommissar

Die neuen Spielregeln müssen auch eingehalten werden. Kamen in den früheren Jahren noch diskret die Schattenmänner, hat man jetzt den Pranger wiederentdeckt. Dort landen aber nicht nur die „Bösen“, sondern

auch die, die die Bösen kennen oder kennen könnten. Eines haben aber alle gemeinsam: Sie sind alle ausnahmslos rechts! Was anderes gibt es nicht mehr. Links gut, rechts schlecht, so lautet die simple Formel; und wer mit einem Rechten redet oder mit einer moralisch zweifelhaften Person Kontakt hält, wird gleich diskreditiert.

Um die Exekutionen zügig abzuwickeln, bedient man sich der „Experten“, zum Beispiel der sogenannten „Rechtsextremismus-Experten“. Wird eine Veranstaltung als „umstritten“ gelabelt, dann dauert es nicht lange, und der entsprechende Experte tritt sorgenvoll vor die Presse und verkündet den gesellschaftlichen Urteilsspruch. Einer der ganz üblen Vertreter dieses Genres kann bestimmt mit den Google-Suchbegriffen „Gastwirt, Kuba, Rechtsextremismus“ gefunden werden. Er spielt in der Bundesliga der „Experten“. Es gibt aber auch die kleinen lokalen Lichter, die mit anhand der von ihnen benutzten Schlagworte wie „Wagenknechte“, „Friedensbewegte“, „Verschwörungsgläubige“ und ihrem Wohnort (hier: Aachen) leicht zu identifizieren sind.



„Namhafte Experten“

Von diesen „Lumpen“ im Sinne von Hoffmann von Fallersleben gibt es Tausende im Land. Meistens sind sie als freischaffende Journalisten getarnt, die sich ihren Judaslohn von einer der zahllosen dubiosen NGOs abholen oder Gefälligkeitsreferate zu diesem Thema halten. Können muss man da nichts, aber das entspricht ja dem Zeitgeist der „Kuhscheißestapler“ (so Tim Kellner zu Robert Habeck) & Ko (wie Kobalt). Ein in sich geschlossenes System, das Norbert Bolz einst treffend so beschrieben hat: „Alle namhaften Experten unterstützen die Regierungspolitik, weil man nur zum namhaften Experten wird, wenn man die Regierungspolitik unterstützt.“ Geld ist reichlich vorhanden und demnächst wird neue Staatsknete in die Manege der „Rechtsextremismus-Experten“ geworfen: Letzte Woche hat der Bundestag das „Demokratiefördergesetz“ debattiert, das die „Neue Zürcher Zeitung“ wie folgt zusammengefasst hat: „Viel Geld für viele linke Organisationen“. Die SPD-Fraktion jubiliert schon in Anzeigen, unter anderem bei Facebook (darunter empfehle ich mal die Kommentare zu lesen!). In dieser Reklame heißt es: „Die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von rechts. Die Ampel-Fraktionen halten dagegen: Mit einem Demokratiefördergesetz wird erstmals die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. ... Bislang konnten Projekte nur für eine begrenzte Zeit gefördert werden, weil es keine Grundlage für die längerfristige Förderung gab.“

Sprißende Steuergeldvernichtungsstellen

Ähnlich wie in Sachen Klima, Corona respektive Impfung und vielem anderen mehr finanziert die Regierung ihre eigenen Jubler. Neben den 220 Millionen zur Förderung der Hofberichterstattung der Verlage (im Verschleierungsdeutsch heißt das „digitale Transformation“) handelt es sich dabei um einen weiteren Verstoß gegen die politische Hygiene des Landes, den sogar die „taz“ einst als „Das

schmutzige Geld vom Staat“ beschrieben hat. Das Biotop für die Denunzianten war noch nie so gut wie heute. Der Berliner Dilettantenstadl leistet ganze Arbeit. Falls es noch Zweifler gibt: Einfach mal auf den Link <https://antifeminismus-melden.de/> klicken: Die Amadeu-Antonio-Stiftung bestimmt, was säglich und was unsäglich ist. Dass eine Anetta Kahane – mit ihrer Stasi-Vergangenheit - jahrelang Vorsitzende dieser Stiftung war (ihr Lebenslauf auf Wikipedia soll bereits reichlich geschönt sein), schlägt dem Fass die Krone ins Gesicht. Solche Steuergeldvernichtungsstellen sprießen wie Pilze aus dem faulenden Boden der Gesinnungsdemokratie. Noch ein Beispiel: Da gibt es eine „Fachstelle Gender GMF und Rechtsextremismus“ (ich habe gegoogelt, was GMF heißt) und viele ähnliche Nonsense-Organisationen, die anscheinend nur dazu da sind, arbeitslosen Schwafel- und Geschwätzwissenschaftlern zu einem Job zu verhelfen. Gesellschaftlicher Mehrwert wird da nicht produziert.

Aufbau eines Denunziationsnetzwerkes

Wer naiverweise meint, dass da nur die Rotgrünen ihre Finger im Spiel haben, den muss ich enttäuschen. NRW plant ein „bundesweit einzigartiges“ Netz von Meldestellen für Diskriminierung. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt dazu: „Wenn Aktivisten bestimmen, was Diskriminierung ist: Die vier Meldestellen haben von Mitte dieses Jahres an den Auftrag, die Themen 1. Queerfeindlichkeit, 2. antimuslimischer Rassismus, 3. Antiziganismus sowie 4. anti-schwarzer, antiasiatischer und weiterer Formen von Rassismus“ in den Blick zu nehmen und die schon bestehenden 42 regionalen Beratungsstellen zu ergänzen.“

Unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung werden Organisationen gepampert, deren Sinnhaftigkeit sich mir nicht erschließt. So lese ich in einer Bekanntmachung der Landesregierung folgendes: „Die Träger wurden im Rahmen eines landesweiten Interessenbekundungsverfahrens ausgewählt. Die Konzeption der Meldestelle Queerfeindlichkeit erfolgt durch das Queere

Netzwerk NRW e.V. in Kooperation mit rubicon e.V., dem Lesben- und Schwulenverband NRW (LSVD NRW e.V.), der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG Lesben in NRW e.V.) sowie dem Verein Geschlechtliche Vielfalt Trans* NRW e.V. (NGVT*). Der Aufbau der Meldestelle für antimuslimischen Rassismus wird in einem Trägerverbund der Vereine Interkultur e.V. und Coach e.V. erfolgen. Dabei wird dieser Verbund wissenschaftlich durch Prof. Dr. Kemal Bozay von der IUBH Internationale Hochschule in Düsseldorf unterstützt.

Für den Bereich Antiziganismus wird der Verein PLANB Ruhr e.V. die Aufbauarbeiten der Meldestelle verantworten.“

Falsch abgelenkt

Und weiter heißt es dort: „Wissenschaftlich unterstützt wird der Verein dabei durch Dr. Markus End, der unter anderem Mitglied in der von der Bundesregierung berufenen Unabhängigen Kommission Antiziganismus‘ war. Die Federführung für den Aufbau der Meldestelle anti-schwarzer, antiasiatischer und weitere Formen von Rassismus übernimmt der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine Dortmund (VMDO) e.V. Er kooperiert dabei mit dem Landesverband der Netzwerke von Migrant*innenorganisationen NRW (LV NeMO e.V.), dem Anti-Rassismus Informationszentrum (ARIC e.V.), dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) sowie dem Verein kamerunischer Ingenieure und Informatiker (VKII Ruhrbezirk e.V.).“

Mein schlichtes Gemüt lässt mich da nur den Kopf schütteln. Ich frage mich, wann unsere Gesellschaft falsch abgelenkt ist. In Zeiten, wo unsere Industrie und die Leistungsträger unserem Land den Rücken kehren, wird für diesen Unsinn das Geld nur so verfeuert. Der Hoffmann von Fallersleben würde jedenfalls im Grabe rotieren, wenn er wüsste, dass aus seinen Lumpen heutzutage Demokratieförderer geworden sind.

Grüne Utopie, Klimanarrativ und nachhaltige Schäden

Die Transformation der Industrie soll bis 2045 vollendet sein. Dies soll durch einen Mix aus Subventionen, Förderprogrammen, Steuersenkungen und Bürokratieabbau gelingen. Dabei soll die Wirtschaft jedoch nicht an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das ist das Ziel von Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seiner Industriestrategie. Dabei scheint es den meisten Bürgern entgangen zu sein, dass das Klimanarrativ vor allem ein Ziel verfolgt: Dem Steuerzahler soll nochmals in die Tasche gegriffen werden. Dass man auch Luft (CO² ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Atemluft und die Voraussetzung für das Pflanzenwachstum) besteuern kann, ist doch eine sehr kreative Idee unserer Staatenlenker. Doch die Kollateralschäden sind schon jetzt deutlich spürbar: Wichtige energieintensive Industrien wandern aus und die dadurch bedingten Einnahmeverluste steigen an. Die durch Arbeitsplatzverluste entstehenden Sozialkosten ebenfalls. Schon jetzt haben wir die höchsten Strompreise weltweit und das Stromnetz stand wegen des Ausfalls grundlastfähiger Stromerzeuger nach der Abschaltung von Atomkraftwerken kurz vor dem Kollaps.

Das Narrativ der von Menschen gemachten Erderwärmung wird von radikalisierten Gruppen fanatischer Akteure wie den „Friday for Future“ und „Klimaklebern“ immer wieder gepusht, um den Skeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wie wir schon bei „Corona“ erfahren haben, sind auch Wissenschaftler korrumpierbar, ebenso wie die Medien, die diese vermeintlichen Fakten verbreiten. Weder die

Aussagen des Potsdam-Instituts noch die des IPCC sind unumstritten. Vielmehr ist der Klimawandel schon seit Jahrtausenden nachweisbar und gehört zu den Grundbedingungen des Lebens auf der Erde, auch wenn diese bisher wegen ihrer Komplexität noch nicht völlig verstanden werden. Viele seriöse Fachleute verneinen den anthropogenen (menschengemachten) Effekt des Klimawandels. Durch hysterischen Aktionismus erreichen wir nur Eines: Deutschland verliert seine Vorreiterstellung als Industriestandort, wandelt sich zurück und verarmt, wobei wir darüber hinaus noch von nicht mehr bezahlbaren Soziallasten erdrückt werden, insbesondere durch uneingeschränkte Migration. Beispielhaft ist auch die derzeitige Schiefelage in der Bauwirtschaft: Das sogenannte Gebäude-Energien-Gesetz (GEG) stellt dabei einen wesentlichen Bremsfaktor für den Bau von Immobilien in Deutschland dar. Auch die Sondersteuern auf CO²-Emissionen, die sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene in Form des Emissionshandels wirken, verteuern das Bauen erheblich und führen dazu, dass sich potenzielle Bauherren zurückhalten. Eine weitere Kostensteigerung von Wohnungen sind die CO²-Steuern auf Brennstoffe. Sie wurden als nationale CO²-Zertifikate versteckt.

Ein weiterer wesentlicher Schadensfaktor der modernen Klimapolitik ist der Eingriff in das natürliche Wettergeschehen durch das sog. Geoengineering. Durch Einbringen von Nano-Verbindungen (Aluminium, Barium etc.) in die Atmosphäre (Chemtrails) plus deren Verteilung mittels Frequenz-Interferometrie (HAARP). Das Resultat ist ein künstlich gesetzter „Sonnenschild“. Das ist ein erheblicher Eingriff in die Biosphäre. Solange die kleinen Partikel in den oberen Troposphärenschichten verbleiben, binden Sie einerseits vorhandene Luftfeuchtigkeit, was erhebliche Auswirkungen auf natürliche Wolkenbildung und damit auch Niederschläge hat. Deshalb erleben wir praktisch keine klaren Frühling- und Herbsttage mehr, da sich die von den Flugzeugen gesetzten Streifen innerhalb von wenigen Stunden zu einem trüben Schleier ausbreiten und so das Sonnenlicht abschirmen. Dies kann durchaus die Dürre der letzten Jahre, aber auch massive Hagelschauer erklären. Ebenso ist bekannt, dass durch Windparks lokale Trockenheit entsteht mit negativen Auswirkungen auf die regionale Landwirtschaft.

Durch Hochleistungsradare und Satelliten können die kleinen Metallpartikel andererseits aufgeheizt werden. Damit können künstlich Hochdruckgebiete erzeugt werden und Jetstreams gelenkt werden. Wenn diese Nanoschicht am Himmel nicht elektrisch stimuliert wird, kühlen sich die darunter liegenden Luftmassen ab. Das vom Menschen ge-



steuerte Wetter ist also keine Utopie mehr. Vielmehr ist dies ein Geheimprogramm der NASA seit den 60er Jahren. Es ist schon paradox, wenn Dieselfahrzeuge in manchen Städten wegen Feinstaubemissionen ausgesperrt werden, aber gleichzeitig in großem Stil unser Himmel durch Flugzeuge so verdüstert werden darf, dass man den gewohnten Blick auf die Landschaft vermissen muss.

Leider werden uns aber auch die Nebenwirkungen dieser Machenschaften verschwiegen: Wir wissen, dass Aluminium möglicherweise die Hauptursache der Alzheimer-Demenz ist, die in den letzten Jahrzehnten so stark zugenommen hat. Wir beklagen das Bienensterben und beschuldigen die intensivierete Landwirtschaft. Gegenüber dem Hochmut von Himmelsstrategen sind wir aber blind. Kurzum, die Folgen dieser Arroganz, den Wettergott zu spielen, sind nicht absehbar. Jedenfalls sehen wir, dass grüne Ideologie immense Schäden hinterlässt.

Dr. med. Klaus Kuchlbauer



Bayerische Wahlkampfmethoden

Rechtzeitig vor der Landtagswahl hat Bayern seinen »Skandal«: Der stellvertretende Ministerpräsident und Freie-Wähler-Chef soll als Jugendlicher ein antisemitisches Flugblatt verfaßt haben. Das Machwerk wurde im Zusammenhang mit der Berichterstattung neu verbreitet [1], und wer das liest, erkennt sofort, daß es sich dabei um einen geschmacklosen und morbiden Schülerscherz handelt, der nur so vor pubertären Allmachtsphantasien trieft. Es ist primitiv und dumm, nicht sonderlich lustig – aber eben auch kein politisches Manifest. Das ist eine klassische Jugendsünde, und es ist davon auszugehen, daß sich Hubert Aiwanger seitdem sittlich weiterentwickelt hat. Über 35 Jahre ist es her: Als er das verfaßt haben soll, hieß die Partei »Die Linke« noch SED und hat auf Menschen schießen lassen.

Eine große Klappe hat Aiwanger aber heute immer noch. Vor allem, wenn er auf die AfD schimpft. Nun hat ihn die Moralkeule also selbst getroffen. Viel

entlarvender ist es aber, wie der heutige Hubert Aiwanger mit diesem Fehltritt umgeht. Anstatt daß er einfach dazu steht und das entsprechend einordnet, schickt er nun seinen Bruder als Bauernopfer vor [1]. Das ist nicht nur unglaublich, es ist auch erbärmlich und feige.

Er will regieren, aber er ist nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund sind seine starken Sprüche gegenüber der AfD scheinheilig.

Er hätte die Chance gehabt, den Skandalisierungsmechanismus zu entlarven. Der politische Gegner mußte ja tief gra-

ben, um ihm etwas anzuhängen. Durch seine Reaktion hat er sich aber selbst entlarvt und verspielt damit das, was in der Politik besonders wichtig ist: Vertrauenswürdigkeit.

Dazu kommt: Die Freien Wähler machten sich in ihrer Regierungszeit überflüssig, sie waren kein Korrektiv, sondern lediglich Mehrheitsbeschaffer der CSU. Ihre Programmatik ist bis auf wenige Details die der CSU. Wer wirklich einen Politikwechsel will, der muß AfD wählen. Von Karrieristen kann man einfach nicht das dazu notwendige Stehvermögen erwarten.

Dr. Wolfgang Köbele

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit ihrer Spende!

Bankverbindung: AfD KV Berchtesgadener Land

IBAN: DE22 7105 0000 0020 2965 21

BIC: BYLADEM1SKB

Verwendungszweck: «Spende, NAME, ADRESSE»

Unser Programm zur Landtagswahl

online lesen unter: <https://www.afdbayern.de/landtagswahl-2023/>

qr-code
scannen



Markus Söder, der scheinkonservative Maulheld!

Ein Gastkommentar des Publizisten Gerald Grosz

Er war immer der Maulheld, er wird es immer bleiben. In frühen Jahren der karrierebewusste Kettenhund von Stoiber, Beckstein und Seehofer entwickelte er rasch jenen politischen Minimalismus, der zwar sein Land und die Lebensumstände seiner Landsleute nicht besser macht, aber ihm selbst Titel wie Macht verleiht und der überbordenden Eitelkeit schmeichelt. Ein Parvenü der es mit Illoyalität, gelebter Lüge und der zugehörigen Portion Intriganz an die Spitze Bayerns geschafft hat, aber am Selbstanspruch, wahrer Landesvater zu sein oder zu werden, ständig scheitert.

Blicken wir in die Geschichte Bayerns zurück und denken an Franz Josef Strauß. Einen wahren Volkstribun, einen politischen wie rhetorischen Giganten, der mit Intelligenz und Eloquenz seine Art der Autorität verkörperte, unter der sich seine schutzbefohlenen Bürger sicher und wohl fühlten.



Gerald Grosz ist ein ehemaliger österreichischer Politiker, nunmehr politischer TV-Kommentator, Kolumnist (u.a. für den **Deutschland-Kurier**) und Autor.

Ganz anders ist es bei Markus Söder. Er verkörpert das Gegenteil davon, verwechselt Intelligenz mit Egoismus, wahre Autorität mit Eitelkeit. Er möchte gerne der Konservative sein, bricht aber in der gelebten Praxis seiner täglichen Politik mit den Grundpfeilern bürgerlicher Politik. Konservative bewahren die Freiheit, die Freiheit in Sicherheit, die Meinungsfreiheit, die ökonomische Freiheit. Konservative bewahren das Gute und lassen das Schlechte hinter sich. Söder, die rechte Mogelpackung, macht das genaue Gegenteil. Die Meinungsfreiheit bricht er, in dem er sich an demokratischen Debatten nicht beteiligt, Kritiker seiner Politik justiziell verfolgen lässt. Er geriert sich als Mimosse, die zwar gerne austeilt, aber eben nicht einsteckt.

Strauß war da anders, er suchte den Konflikt, hielt viel aus und teilte entsprechend auch aus. Er verkörperte Leidenschaft an der Debatte, denn Harmonie war für ihn Stillstand. Auch hier opfert Söder die Meinungsfreiheit seinem eigenen Stolz und seinem Unvermögen rhetorisch wie geistig einen brillanten politischen Diskurs zu führen und versteckt sich feig hinter seinem steuergeldfinanzierten Machtapparat.

Konservative bewahren die Freiheit ohne Wenn und Aber. Söder hingegen brach das deutsche Grundrecht, versuchte im Chor der Coronisten die stärkste Stimme autokratischer Politik zu werden. Er wollte „harte Kante“ im Krieg gegen das Wuhan-Virus zeigen, weil er der Meinung war, dass nur der lauteste und sturste Vertreter der Lockdown-, Impfpflicht- und Maskenpolitik als Bewahrer der Gesundheit wahrgenommen wird. Das Gegenteil war der Fall. Denn die Menschen erkannten recht rasch, dass es Söder nicht um das Leben und die Gesundheit der Mitbürger ging, sondern nur um den antidemokratischen Wettbewerb mit Merkel, Spahn und Lauterbach. Die Tatsache, dass ausgerechnet die landesweit amts-

bekanntesten Amigos wieder an Masken und Impfstoffen Millionen und Milliarden verdienten und CSU-nahe Personen ihr Leben derzeit in U-Haft verbringen, zeigt, dass Söder ganz bewusst die Grundrechte und damit die Freiheit gegen den finanziellen Erfolg einflussreicher Mitläufer tauschte. Aber ebenso patschert, dass sich selbst die italienische Mafia von ihm und seiner Partei distanzieren würde.

Auch in dieser Disziplin war Strauß intelligenter, gewiefter. In der Migrationspolitik blinkt er rechts, aber er meint es nicht so. Ihm ist es in Wahrheit vollkommen egal, wie oft der Einzelfall seinen Freistaat und die Bürger erschüttert, wie rasch die Unterwanderung vonstattengeht und sich damit der Raub auf Identität und Heimat vollzieht. „Den Migrationshintergrund der Täter zu nennen wäre Diskriminierung“, meint Söders in die Jahre gekommener Kettenhund Joachim Hermann. Söder glaubt tatsächlich, dass die Zeltfeste in den Freilichtmuseen bayrischer Volkskultur dieses prächtige Land vom Umbau der Gesellschaft bewahren könnte. Mitnichten. Es ist eine falsche Sicherheit, in der sich der Nenn-Ministerpräsident wiegt bzw. er diese Sicherheit seinen Landsleuten vorgaukelt.

Denn während Söder beim tausendsten Bieranstich der in Lederhose und Tracht gegossene Volkskultur Bayerns frönt, sieht es in den größeren Städten ganz anders aus. Bürger beklagen den Verlust ihrer Heimat, die Sicherheit, die einstige Freiheit sich unbeschwert bewegen zu können. In Bayern spielt Söder den Maulhelden, Merkel hingegen hängt er für ihr nachhaltig zerstörerisches „Wir schaffen das“ den Verdienstorden um. Denn sie vollzog ja nur jene Politik, mit der Scheinkonservative die Menschen betrügen und belügen. Söder ist eben auch heute das, was er immer war. Ein Heuchler. Und als solcher gehört er abgewählt. Denn es gibt Alternativen!

Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag



Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad.Titel*: _____ w. m. Nachname: _____
Vorname: _____ geboren am: _____
Straße, Nr.: _____ PLZ, Wohnort: _____
Staat: _____ Staatsangehörigkeit: _____
Bundesland: _____ Kreis/Bezirk: _____
Telefon:* _____ Mobil:* _____
E-Mail: _____ Beruf/Tätigkeit:* _____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband _____ Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1% des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich _____ EUR*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag

entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbaende) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglieder@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum: _____

Unterschrift des Antragstellers: _____

SEPA-Lastschriftmandat*

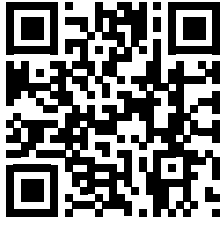
Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: _____ Bankinstitut: _____
Straße, Nr.: _____ IBAN: _____
PLZ, Wohnort: _____ BIC: _____
Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteilarbeit erhoben, verwaltet und verwendet - weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter www.afd.de/datenschutz-mitglieder. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter www.afd.de/mitglied-werden



*Direkt zur
Webseite*

**ALTPARTEIEN.
VON WEGEN
WEISSE WESTE.**

**SUENDEN
REGISTER
.BAYERN**

*Wenn das
der Wähler
wüsste!*